dfi aktuell

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg Ausgabe 2|2025

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Die Zeit, die bleibt: innenpolitische Handlungsspielräume in Zeiten außenpolitischer Krisen. – *Seite 1*

dfi information

„I love you“ – deutsch-französische Sichtweisen in Karikaturen – *Seite 5*

Kommunalpartnerschaften in Baden-Württemberg: Kongress und Datenbank – *Seite 8*

Europa-Woche „We Are Europe 2025“ am TUM Campus Heilbronn: Impulse für ein starkes Europa – *Seite 9*

dfi service

Impressum / Termine – *Seite 1*

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
www.dfi.de
info@dfi.de
Redaktion:
Irene Lindauer-Grözinger
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Stefan Seidendorf

Termine

25. September 2025:
Die Formel des Widerstands – Buchvorstellung mit Dr. Astrid Viciano. Der Wettlauf um die Atombombe, Forschung für die Ziele der Nationalsozialisten – und Freunde, die beschließen, Widerstand zu leisten. – *dfi und vhs Ludwigsburg*

Newsletter dfi aktuell abbestellen:
https://www.dfi.de/index.php?id=104

Die Zeit, die bleibt: innenpolitische Handlungsspielräume in Zeiten außenpolitischer Krisen

G7-Gipfel in Kanada, 17. Juni 2025: Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten, Vertreterin und Vertreter der Europäischen Union © Bundesregierung / Guido Bergmann

dfi analyse

Die letzten Wochen waren durch die militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und eine Intensivierung der russischen Angriffe auf die Ukraine gekennzeichnet. Zeitgleich fand eine Reihe schon länger geplanter politischer Gipfeltreffen statt (G7-Gipfel in Kanada, NATO-Gipfel in Den Haag, Europäischer Rat), denen es jedoch nicht gelang, einen strukturierten diplomatischen Prozess in Gang zu setzen. Dabei wäre eine koordinierte politische Initiative die Voraussetzung, um sich über die Elemente einer regionalen Sicherheitsarchitektur zu verständigen, die allen Beteiligten und Betroffenen eine friedliche Entwicklungsperspektive bietet.

Dies gilt insbesondere für den Nahen Osten, wird mittel- und langfristig aber auch in der Ukraine und Osteuropa zu beachten sein. Alleine die Einigung auf das NATO-Ziel von Verteidigungsausgaben in Höhe von 5 % der Wirtschaftsleistung der Mitgliedstaaten sticht heraus. Auch hier handelt es sich aber in erster Linie um eine Reaktion der Europäer auf die erpresserischen Forderungen Donald Trumps. Eine eigene deutsch-französische oder europäische Handschrift, was mit diesem Ziel erreicht werden soll, fehlt bisher. Weder wurde ausbuchstabiert, wie beispielsweise ein eigener „europäischer Pfeiler“ im Rahmen der NATO aussehen soll, noch, ob und welche Unabhängigkeit der Europäer in Verteidigungsfragen von den USA mit diesen Investitionen erreicht werden soll.

Auch die Aktionen einzelner europäischer Staaten – etwa der Versuch Frankreichs, gemeinsam mit Saudi-Arabien im Rahmen der UNO eine Palästina-Konferenz durchzuführen – scheiterten angesichts der militärischen Eskalation. Der Versuch der „E3-Außenminister“ (Großbritannien, Frankreich und Deutschland), zusammen mit der Außenbeauftragten der EU nach Beginn der israelischen Angriffe auf den Iran den Gesprächsfaden mit dem iranischen Außenminister wieder aufzunehmen, war ohne amerikanische Unterstüt-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

zung und angesichts der jahrelangen Intransigenz Teherans sowie der Entschlossenheit Benjamin Netanjahus zum Scheitern verurteilt. Gerade in der Haltung zur gegenwärtigen israelischen Politik sind es dabei auch innereuropäische Unterschiede, die die Einflussmöglichkeiten der Europäer begrenzen. Dabei steht Deutschland zunehmend allein mit seiner Position gegenüber Israel.

Trotz aller fieberhaften Bemühungen auf diplomatischer Ebene drängt sich also der Eindruck auf, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten derzeit keine internationale Führungsrolle wahrnehmen können, und allenfalls um Schadensbegrenzung bemüht sind. Der russische Neoimperialismus, der Aufstieg Chinas und eine amerikanische Außenpolitik, die unter Donald Trump die Welt in Einflusszonen aufteilt[1], stehen dem europäischen Modell einer regelbasierten Welt- und Handelsordnung, die dem friedlichen Interessenausgleich dient und dazu auf das Wirken internationaler Institutionen setzt, entgegen.

Daneben sind es aber auch innereuropäische Unterschiede, insbesondere beim Umgang mit Donald Trump oder im Hinblick auf den Import vermutlich hoch subventionierter chinesischer Elektrofahrzeuge in die EU und das Vorgehen der EU-Kommission dagegen, die die Position der EU als Ganzes schwächen. Diese Unterschiede wären überwindbar, wenn es gelänge, sich auf ein gemeinsames, übergeordnetes EU-Interesse zu verständigen, das es allen Beteiligten erlaubt, eigene andere Anliegen zurückzustellen. Genau dies scheint aber zunehmend Schwierigkeiten zu bereiten. Es rächt sich, dass man seit dem Vertrag von Lissabon kaum europäische Politiken entwickelt hat, die die EU als Ganzes konsolidieren und stärker integrieren (z.B. im Energie- und Verteidigungsbereich) und der Union damit Instrumente zur Verfügung stellt, um nach außen erfolgreich zu verhandeln und nach innen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber durch greifbaren politischen Output das grundsätzliche Bekenntnis zur EU zu erleichtern.

In der gegenwärtigen Lage ist es gar nicht so sehr der fehlende politische Wille, gemeinsam deutsch-französisch die Entwicklung der EU voranzutreiben – seit dem Regierungswechsel in Berlin und den ersten Kontakten in Paris hat sich eine positive Dynamik eingestellt. Allerdings ist der Spielraum für deutsch-französische und europäische Kompromisse durch die innenpolitische Situation in beiden Ländern erschwert. Die fortwährende (Frankreich) oder auch drohende (Deutschland) politische Instabilität wirkt sich auf die außen- und europapolitische Gestaltungskraft aus. Bei aller Dramatik auf der Weltbühne ist es deshalb wichtig, die innenpolitischen Entwicklungen in beiden Ländern zu betrachten.

Frankreich: Politische Instabilität

An den prekären Mehrheitsverhältnissen hat sich seit der Neuwahl infolge der Parlamentsauflösung im Juli 2024 nichts geändert. Premierminister François Bayrou wird im Parlament durch einen immer brüchiger werdenden „gemeinsamen Sockel“ (socle commun) gestützt. Die den Präsidenten unterstützenden Parteien (Renaissance, Modem, Horizons) und die konservativen Les Républicains (LR) verfügen über keine eigene Mehrheit und bemühen sich je nach Lage um eine Tolerierung durch weitere gemäßigte linke oder rechtskonservative Gruppen. Bayrou hat auf eine Wiederbelebung des Dialogs der Sozialpartner gesetzt, um Kompromisse angesichts der schwierigen Mehrheitsbildung im Parlament vorzustrukturieren und Konfliktpotential aus dem Parlament auszulagern. Um zu vermeiden, dass die gemäßigten Sozialisten einem Misstrauensantrag der anderen Oppositionsparteien gegen die Regierung zustimmen (was die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2025 verhindert hätte), hatte der Premierminister Anfang 2025 zugesagt, erneut über die Rentenreform von 2023 zu verhandeln. Die Regierung beauftrage die Sozialpartner damit in einem „Konklave“ (offiziell „délégation paritaire permanente“) Kompromissmöglichkeiten auszuloten. Bayrou hatte sich zugleich bereiterklärt, die Vorschläge der Sozialpartner ins Parlament einzubringen, um so eine (erneute) Abstimmung über die Rentenreform zu ermöglichen. Mitte Juni erklärten die verbliebenen Verhandlungsparteien – zwei Gewerkschaften und ein Unternehmerverband waren zuvor bereits ausgestiegen – allerdings das Scheitern der Gespräche.

Dies nahmen die Sozialisten zum Anlass, ihr „Stillhalteabkommen“ mit Premierminister Bayrou aufzukündigen und einen Misstrauensantrag gegen ihn einzubringen, der zwar von den anderen linken und grünen Partien unterstützt wurde, nicht aber von der extremen Rechten Marine Le Pens (RN), und der deshalb keine Mehrheit fand. Dies verschafft Premier Bayrou zunächst etwas Luft. Doch ähnlich wie vor ihm Michel Barnier ist auch er nun auf das Wohlwollen der Rechtsaußen-Fraktion angewiesen. Die Öffnung zu den gemäßigten Sozialdemokraten, mit der sich Bayrou zwischenzeitlich aus der Abhängigkeit vom RN lösen konnte, ist schon wieder Geschichte und die Positionen der politischen Lager verhärten sich mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2027. Dies gilt auch für die an der Regierung beteiligten Konservativen (Teile der Républicains, LR), nachdem Innenminister Bruno Retailleau mit klarer Mehrheit zum Parteichef gewählt wurde und sich mit einem harten Anti-Einwanderungskurs profiliert. Seine Popularität bestärkt die Partei darin, rote Linien zu definieren,

1 *Thierry de Montbrial, IP 30.06.25, https://internationalepolitik.de/de/deutsch-franzoesische-diagnosen*

Premierminister François Bayrou bei einer Pressekonferenz nach Abschluss des Konklaves zur Rentenreform am 26.6.2025 © Hôtel de Matignon

Macrons Rentenreform

Mit der Rentenreform 2023 war beschlossen worden, schrittweise (bis 2032) die für den Bezug einer abschlagsfreien Rente erforderlichen Beitragsjahre auf 43 und das gesetzliche Renteneintrittsalter von 62 auf 64 Jahre zu erhöhen. Wer nicht lange genug in die Rentenkassen eingezahlt hat, bekommt einen Abschlag von 0,625 % pro Quartal. Ab 67 können Arbeitnehmer ohne Abzüge in Rente gehen, auch wenn sie die 43 Beitragsjahre bis dahin nicht erreicht haben. Es gibt weiterhin Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen. Gleichwohl sind auch sie zumindest in Teilen von der Reform betroffen – sowohl was den (früheren) Renteneintritt als auch die Berechnung der Rentenhöhe anbelangt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

die unvereinbar mit linken Positionen sind. Die auf Ausgleich und Kompromisse zielende Methode des Zentrumspolitikers Bayrou stößt damit bereits nach wenigen Monaten an ihre Grenzen.[2]

Am 8. Juli lief auch die einjährige Frist ab, die der Präsident nach einer Auflösung des Parlaments respektieren muss, bevor er erneut zu Artikel 12 der Verfassung greifen kann. Macron kann nun damit drohen, das Parlament erneut aufzulösen. Das wäre insbesondere für den Rassemblement national ungünstig, dessen Fraktionschefin und Abgeordnete Marine Le Pen aufgrund einer Verurteilung und dem Verlust des passiven Wahlrechts nicht erneut als Kandidatin antreten kann. Ihr Einfluss auf die Politik, die eigene Partei und die Fraktion würden weiter abnehmen.

Frankreich: Haushalt und Wirtschaft

Hinter den politischen Schwierigkeiten, im Parlament eine Regierungsmehrheit zu finden, stehen auch handfeste Haushaltsprobleme. Um die EU-Vorgaben einzuhalten und Geldgeber nicht zu verprellen, will die Regierung 2026 40 Milliarden Euro einsparen – bei einem Defizit von 139 Milliarden und einem Haushaltsvolumen von 445 Milliarden Euro. Neben Einsparungen wird ein weiterer Abbau des Defizits unweigerlich auch strukturelle Reformen benötigen.

Doch sogar ein frisch gewählter und mit großer Mehrheit ausgestatteter Präsident Macron konnte 2017 nur unter Anstrengungen Teile seiner ambitionierten Reformagenda (u.a. Arbeitsrecht, Arbeitslosenversicherung, SNCF, Rentenreform) umsetzen. Nun steht er vor dem Ende seiner Amtszeit und hat keine eigene Mehrheit im Parlament. Dazu kommt eine zu allem entschlossene, auf Konfrontation setzende Opposition der Linken und eine rechtsextreme Bewegung, deren scheinbar unaufhaltsame Dynamik immer offensichtlicher Beifall bei Teilen der bürgerlichen Rechten findet. Auch wenn die französische Verfassung gerade in einer solchen Lage dem Präsidenten weitreichende Befugnisse zugesteht, wird es Emmanuel Macron schwer haben, sein Ziel eines politisch handlungsfähigeren Europas zu erreichen. Ohne einen proaktiven deutschen Partner, der sich auf die Besonderheiten der französischen Lage einlässt und gleichzeitig in einem weit umfangreicheren Maße als in den letzten zwanzig Jahren politische Verantwortung für die Weiterentwicklung der EU als Ganzes übernimmt, wird es jedenfalls nicht gehen. Und scheitert der deutsch-französische Interessenausgleich, scheitert auch Europa.

2 S. auch: Françoise Fressoz: « Conclave » sur les retraites : « L'échec de la méthode Bayrou renvoie le pays à ses fragilités », Le Monde vom 1. Juli 2025

Die doppelte Investitionsinitiative von März 2025

1) Reform der Schuldenbremse (Art. 109 und 115 GG)

- Verteidigungsausgaben oberhalb von einem Prozent der Wirtschaftsleistung werden von der Anrechnung ausgenommen. Diese schließen Ausgaben u.a. für Cybersicherheit, den Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienste und bspw. die Ukraine-Hilfen mit ein.
- das Verschuldungsverbot der Bundesländer wird gelockert. Möglich ist nun, wie auf Bundesebene, eine Nettokreditaufnahme von 0,35 Prozent des jährlichen BIP (Normallage)
- eine (weitere) Modernisierung der Schuldenbremse, die „dauerhaft zusätzliche Investitionen in die Stärkung unseres Landes ermöglicht" (Koalitionsvertrag, S. 50-51) wird noch vor Jahresende angestrebt

2) Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) (Art. 143h GG)

500 Milliarden Euro kreditfinanziert, die Investitionen können in einer Laufzeit von 12 Jahren bewilligt werden. Ein Fünftel der Summe geht direkt an Länder und Kommunen, ein Fünftel der Summe ist Klimainvestitionen über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) vorbehalten. Die Verwendung der Mittel wurde an eine Investitionsquote von zehn Prozent im Kernhaushalt geknüpft, um das Risiko der Auslagerung investiver Ausgaben zu verhindern.

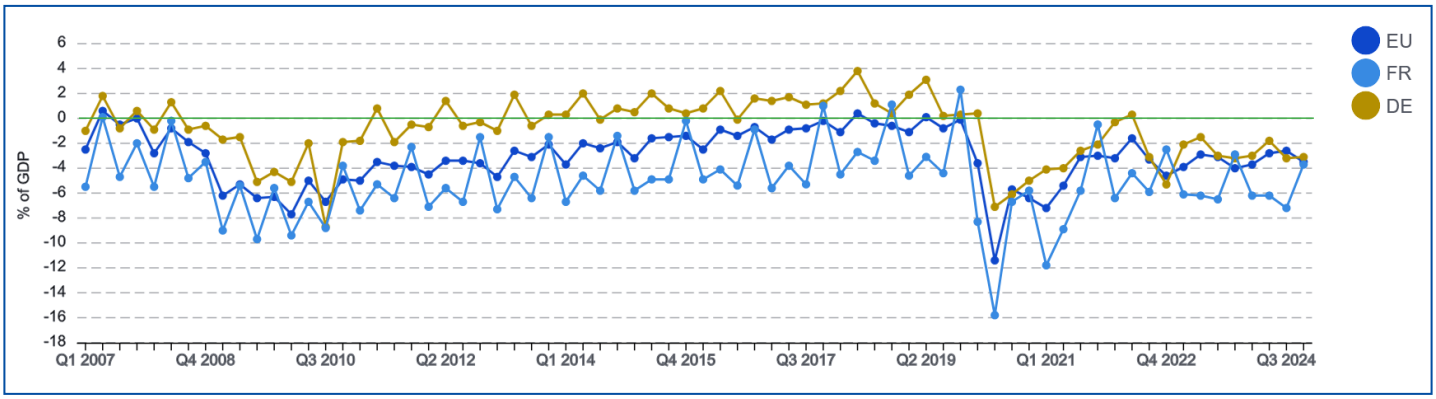
Deutschland: Neue Spielräume für Investitionen?

Nach der Bundestagswahl hat die politische Mitte noch mit den Mehrheiten des alten Bundestages neue Spielräume für Investitionen geschaffen (s. Kasten).[3]

Durch die Lockerung der Schuldenbremse sollen in den kommenden zehn Jahren zusätzliche Mittel für die Landesverteidigung in Höhe von rund 400 Milliarden mobilisiert werden, es wären aber auch Ausgaben in deutlich größerem Umfang möglich, was angesichts der steigenden NATO-Zielvorgaben durchaus der Fall sein kann. Daneben soll das schwächelnde Wirtschaftsmodell durch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in der Breite (Schulen, Brücken, Digitalisierung uvm.) gestärkt werden. Für 2025 sind zusätzliche

3 Siehe vertiefend zu den nachfolgenden Ausführungen auch: Eileen Keller (2025) : La politique économique et budgétaire allemande face au changement d'époque. In: Allemagne Aujourd'hui Nr. 252, S.77-88.

Quartalszahlen zur Haushaltsbilanz (Überschuss/Defizit)



Quelle: Eurostat, Quarterly general government surplus/deficit, *https://ec.europa.eu/eurostat/cache/dashboard/european-statistical-monitor/?topic=people*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Investitionen außerhalb des Kernhaushaltes in Höhe von 37 Milliarden Euro vorgesehen[4] – während man in Frankreich eine vergleichbare Summe (40 Mrd.) im Haushalt 2026 einsparen möchte. Für die Jahre 2026-2029 sieht die Finanzplanung zusätzliche Investitionen in der Höhe von im Schnitt 58 Milliarden Euro vor.[5]

Schätzungen gehen davon aus, dass die Staatsverschuldung durch die beschlossenen Maßnahmen auf gut 80 % des BIP (optimistisches Szenario) bzw. auf bis zu 90 % des BIP (pessimistisches Szenario) ansteigen könnte, das gesamtstaatliche Defizit würde sich zwischen 2026 und 2037 auf Werte zwischen 3,3 und 3,4 % belaufen, die Zins-Steuerquote bis 2037 auf 17 % verdoppeln.[6]

Die Reichweite der beschlossenen Maßnahmen ist bemerkenswert. Einerseits zeigt sich darin, dass die Grenzen der Politik der vergangenen Jahre durchaus erkannt wurden. Auch eine Mehrheit der Bevölkerung hält es für richtig, mehr Geld für die genannten Vorhaben aufzubringen, auch schuldenfinanziert.[7] Anderseits verbleiben durchaus Zweifel an der Zielgenauigkeit der beschlossenen Maßnahmen und damit verbunden eine gewisse Skepsis, ob es tatsächlich gelingt, den erhofften wachstumsstimulierenden Multiplikationseffekt zu realisieren. Die in der Vergangenheit angeführten Argumente für die Schuldenbremse sind nicht aus der Welt (übermäßige Beschneidung der Gestaltungsspielräume künftiger Generationen, mangelnde investive Prioritätensetzung im Kernhaushalt, Verlust der Rolle Deutschlands als Stabilitäts- und Vertrauensanker in Europa, schwerfällige Verfahren, die die Verausgabung beschlossener Mittel erschweren) , obwohl vor allem im Hinblick auf die Verteidigungsfähigkeit Konsens hinsichtlich eines nicht aus dem regulären Haushalt zu deckenden Investitionsbedarfs besteht.

Deutschland: Europapolitische Verantwortung

Den intensiven Austausch, den der neue Bundeskanzler und viele seiner Regierungsmitglieder insbesondere mit Frankreich, aber auch mit weiteren europäischen Partnern und nicht zuletzt mit der EU gesucht haben, verdeutlicht den politischen Willen zu einer proaktiven Europapolitik und der Übernahme von Verantwortung hierfür. Die deutschen Investitionen zur Stärkung der eigenen Verteidigungs- und Wettbewerbsfähigkeit müssen in eine glaubhafte europäische Strategie eingebettet sein, will man bei den Partnern nicht den Eindruck erwecken, dass es letztlich doch vor allem um nationale Interessenpolitik geht, zumal Deutschland damit die europäischen Fiskalregeln verletzen dürfte.[8]

Der Koalitionsvertrag verdeutlicht, dass die Regierungskoalition trotz fortbestehenden Divergenzen eine veränderte Grundhaltung in der Europapolitik anstrebt und fordert, die Entwicklung einer umfassenden strategischen Souveränität.

> *„Angesichts des geopolitischen Epochenbruchs muss Europa umfassende strategische Souveränität entwickeln. Schlüsseltechnologien, Energiesicherheit, digitale Souveränität inklusive europäischer Plattformen, Schutz kritischer Infrastrukturen, Resilienz sowie eigene Fähigkeiten, um sich im globalen Systemwettbewerb zu behaupten, sind dafür zentral. Wir setzen uns für eine Europäische Verteidigungsunion zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO ein. Wir wollen einen echten Binnenmarkt für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln und enger Zusammenarbeit bei Planung, Entwicklung und Beschaffung…“* [9].

Dieser ambitionierten Agenda müssen nun Taten folgen. Um innenpolitisch Zustimmung zu den damit verbundenen Veränderungen zu gewinnen, ist entschiedene politische Führung nötig, die Klarheit und Orientierung in der öffentlichen Debatte schafft und die Alternativen benennt. Die neue Regierung muss sich deshalb nun rasch zusammenfinden, um insbesondere auch der Kritik aus den eigenen Reihen („Manifest“ der SPD-Linken gegen Aufrüstung; Streit um die Stromsteuer; Wahl neuer Verfassungsrichter) wirkungsvoll entgegen zu treten, bevor sie die neue Exekutive schwächt. Denn ähnlich wie in Frankreich ist auch die Situation im neuen Bundestag durch die gewachsene Rolle einer europafeindlichen und europaskeptischen Opposition gekennzeichnet, die zu allem entschlossen ist und durch ihre Fundamentalopposition den europapolitischen Handlungsspielraum der Regierung innenpolitisch begrenzen kann, wenn es nicht gelingt, mit guten Argumenten und klaren Angeboten die Bürger zu überzeugen. Mit 151 Abgeordneten (von insgesamt 630, 24 %) ist die rechtsextreme AfD die größte Oppositionspartei und dabei deutlich größer als etwa die Regierungsfraktion der SPD (120 Abgeordnete) oder die Oppositionsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (85 Abgeordnete).

4 Einschließlich KTF und durch die Länder verausgabte Mittel, zusätzlich zu den Investitionen aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr, welches 2027 ausläuft; https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sondervermoegen-2356240

5 BMF, Eckwerte der Finanzplanung, 24. Juni 2025, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2025/06/2025-06-24-2-entwurf-bhh-2025-eckwerte-bis-2029.html

6 S. Tobias Hentze et al.: Ökonomische Restriktionen für die Umsetzung des Finanzpakets. IW Policy-Paper Nr. 6 vom 22. März 2025, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2025/IW-Policy-Paper_2025-Umsetzung-Finanzpaket.pdf

7 ARD-DeutschlandTREND März. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD; https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3468.html

8 Armin Steinbach: Will EU fiscal rules prevent Germany from using its new national borrowing space? Bruegel Newsletter, 28. April 2025, https://www.bruegel.org/newsletter/will-eu-fiscal-rules-prevent-germany-using-its-new-national-borrowing-space

9 „Verantwortung für Deutschland“, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, S. 137 f. https://www.cdu.de/app/uploads/2025/04/KoaV-2025-Gesamt-final-0424.pdf

Neue Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag: Bundeskanzler Friedrich Merz bei seiner ersten Regierungserklärung am 14.05.2025 © Bundesregierung / Sandra Steins

Emmanuel Macron und Friedrich Merz beim NATO-Gipfel in Den Haag, am 25.06.2025 © Bundesregierung / Marvin Ibo Güngör

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Fazit

Die pro-europäischen und auf deutsch-französische Initiativen setzenden Bekenntnisse von Präsident und Bundeskanzler sind angesichts der Lage sehr begrüßenswert. Sie haben bereits jetzt eine wichtige Dynamik eingeläutet, die sich auch an anderen Stellen zeigt. Die meisten Minister haben sich bereits bilateral getroffen und neben persönlicher Kontaktaufnahme auch die Entwicklung gemeinsamer Agenden angestoßen. Auch die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung ist nach den Neuwahlen in beiden Ländern wieder konstituiert und handlungsfähig.

Diese neu gefundene Dynamik alleine wird nicht ausreichen. Ein weitreichender deutsch-französischer Vorschlag ist nötig, dem es gelingt, die Vorstellungen der wichtigsten Partner einzubeziehen, um die weitere Vertiefung der EU in den jetzt entscheidenden Politikbereichen zu ermöglichen, falls nötig auch über eine (weiter) abgestufte Integration oder ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten. Die Zeit, die dafür bleibt, ist knapp – insbesondere mit Blick auf (innenpolitisch) neu zu formulierende Glaubenssätze. In Deutschland wird man der Frage nach gemeinsamen Finanzinstrumenten und ihrer Hebelwirkung für die EU als Ganzes nicht dauerhaft ausweichen können.

Ebenso wenig in Frankreich unbequemen Fragen zur nationalen Souveränität, der eigenen Rolle in einer erweiterten EU und den zu realisierenden fiskalischen Anstrengungen. Der für Ende August geplante Deutsch-Französische Ministerrat wäre ein guter Moment, um mit gemeinsamen Vorschlägen Europa auch international wieder ins Spiel zu bringen.

Stefan Seidendorf, Eileen Keller und Dominik Grillmayer
seidendorf@dfi.de

„I love you“ – Deutsch-französische Sichtweisen in Karikaturen

Die Frankreich-Bibliothek sammelt nicht nur sozialwissenschaftliche Literatur über Frankreich und die deutsch-französischen Beziehungen, sie dokumentiert auch, wie in Romanen, Reiseberichten, Comics oder Presseartikeln Deutschland in Frankreich und Frankreich in Deutschland dargestellt wird. Einen besonderen Platz nimmt darin eine Kollektion von mehr als 3.500 Karikaturen ein, die die-deutsch-französische Befindlichkeiten zeigen und häufig mehr sagen als tausend Worte. Über 1.000 von ihnen können seit kurzem kostenfrei im Repositorium des dfi online eingesehen werden.

Bannerkarikatur: Aus dem Heft „20 Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk“, erschienen am 05.07.1983

Links: Unbekannter Zeichner: Frankreich bietet sein edelstes Produkt Deutschland dar. Erschienen am 19.02.1905 in der Zeitschrift Kladderadatsch. *– Rechts: Lucien-Marie-François Metivet: Confisqués. Erschienen am 18.04.1918 in der Zeitschrift* La Baïonnette

1870 – 1945: Von freundlicher Gesinnung kaum eine Spur

Wie sich Deutsche und Franzosen gegenseitig sehen und ihre Beziehungen zueinander wahrnehmen, wird maßgeblich von Karikaturen beeinflusst. Zwischen 1870 und 1945 standen sich die Nachbarn in drei blutigen Kriegen als Feinde gegenüber, in den Zwischenkriegszeiten von 1871 – 1914 und 1918 – 1939 dominierte eine revanchistische bis feindselige wechselseitige Darstellung voneinander den Diskurs. Stimmen, die in dieser Zeit für eine Annäherung oder gar Aussöhnung sprachen, konnten sich kaum Gehör verschaffen. Dies spiegelt sich auch in den 60 Zeichnungen wider, die wir dazu aus Zeitschriften wie dem deutschen „Kladderadatsch“ oder dem französischen „Le Rire“ entnommen haben. Eine seltene Ausnahme ist die deutsche Werbeanzeige „Frankreich bietet sein edelstes Produkt Deutschland“, die die Sektkellerei Henkell & Co. Anfang des 20. Jahrhunderts verwendete: Zu-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

mindest als Lieferant von Weinreben aus der Champagne wird der Nachbar hier positiv gesehen. Typisch hingegen ist die Karikatur „Confisqués“, die im April 1918 in der französischen Wochenzeitung „La Baïonnette“ veröffentlicht wurde und in der die Symbolfigur Germania als kriegslüstern und gierig dargestellt wird, die Symbolfigur Marianne dagegen als friedliebende Freundin der Künste.

1945 – 1962: Ein leiser Wunsch nach Versöhnung

Nach dem zweiten Weltkrieg verschwanden Darstellungen, die den propagandistischen Zweck hatten, den Nachbarn negativ darzustellen bzw. ihn herabzuwürdigen, aus den deutschen und französischen Karikaturen. An ihre Stelle traten wohlwollende Bilder, die zwar teilweise noch geprägt waren von Skepsis oder sogar Furcht gegenüber dem Land auf der anderen Seite des Rheins, aber doch den Wunsch nach einer Aussöhnung spüren ließen. Als sich dieser Wunsch mit den Staatsbesuchen des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer in Frankreich im Juli und des damaligen Präsidenten Charles de Gaulle in Deutschland im September 1962 erfüllte, drückten viele Karikaturisten ihre Freude darüber in Bildern einer herzlichen Männerfreundschaft zwischen zwei Staatenlenkern oder auch in Hochzeitsbildern aus. Ein schönes Beispiel dafür ist „Die Liebe des Jahrhunderts“ von Klaus Pielert, erschienen am 5. Juli 1962 im Kölner Stadt-Anzeiger, auf der der deutsche Michel Marianne zum Traualtar führt. Dem Paar folgen die Brautväter de Gaulle und Adenauer und dahinter viele historische Persönlichkeiten, die in der Vergangenheit die Beziehungen zueinander geprägt haben. Eine Heirat von Marianne und Germania, die heute kaum jemanden verwundern würde, schien damals noch nicht vorstellbar und findet sich auf keiner der Karikaturen in unserer Sammlung.

Klaus Pielert: Die Liebe des Jahrhunderts. Erschienen am 5. Juli 1962 im Kölner Stadt-Anzeiger

Ab 1963: Klischees an Stelle von Symbolfiguren

Symbolische Darstellungen wie Germania, Marianne, der deutsche Michel, der deutsche Adler oder der gallische Hahn zur Kennzeichnung der jeweiligen Nation wurden in den Jahrzehnten nach Abschluss des Élysée-Vertrags immer häufiger durch Klischees ersetzt, die zumeist die Kleidung und die Ernährung betreffen. Stellte man sich die Deutschen so vor, wie viele französische Karikaturisten sie zeichnen, hätte man ein Bild vor Augen, das Mädchen mit Zöpfen in Dirndln und Männer in Lederhosen zeigt, die sich hauptsächlich von Bier, Brezeln und Wurst ernähren. Die Franzosen hingegen erscheinen in den deutschen Printmedien ab 1960 häufig als freundliche Menschen, die eine Baskenmütze auf dem Kopf, ein Baguette unter dem Arm und ein Glas Wein in der Hand haben. Pancho Graells hat vier dieser Klischees in seiner Karikatur „I love you“ verwendet, die am 8. Februar 1988 anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Élysée-Vertrags in der satirischen Wochenzeitung „Le Canard enchaîné“ veröffentlicht wurde. Damit wollte er auf ein Dauerthema in dem nun kontinuierlichen Austausch auf allen Ebenen hinweisen, nämlich den Erwerb der Sprache des anderen. Obwohl sich beide Länder im Élysée-Vertrag von 1963 und erneut im Vertrag von Aachen 2019 verpflichtet haben, Anstrengungen dafür zu unternehmen, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler Deutsch bzw. Französisch als Fremdsprache lernen, können sich die beiden euphorisierten Herren ihre wechselseitige Zuneigung nur durch das englische „I love you“ versichern.

Pancho Graells: I love you. Erschienen am 8. Februar 1988 in der Wochenzeitung Le Canard enchaîné

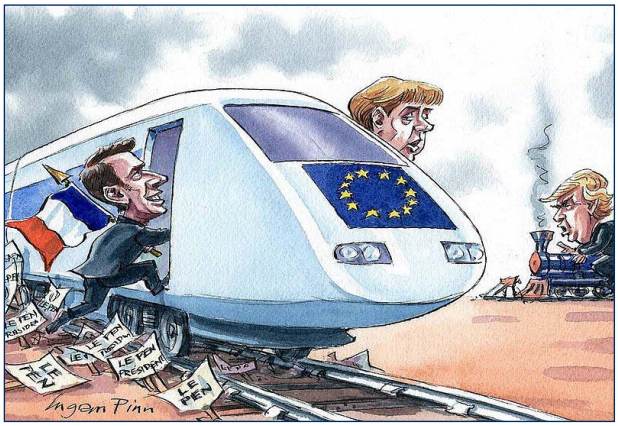
Deutsch-Französische Tandems und die Mühen der Ebene

Mit der deutsch-französischen Annäherung einher ging eine Personifizierung der wechselseitigen Beziehungen in Gestalt des jeweiligen Kanzlers und des jeweiligen Präsidenten. Als ihre Väter werden regelmäßig Adenauer und de Gaulle dargestellt, die in späteren Jahren häufig von einer Wolke herab aktuelle Entwicklungen missbilligen oder gutheißen oder sich auch anlässlich eines Élysée-Jubiläums zuprosten, um sich für die positive Entwicklung des Prozesses, den sie angestoßen haben, zu beglückwünschen. Führungspersonal, das in späteren Jahren mit den Mühen der Ebenen zu kämpfen hat, wird meist weniger würdevoll dargestellt: Dieter Hanitzsch zeichnete 2005 den damaligen Bundeskanzler Schröder als Asterix, der Jacques Chirac als Druiden Miraculix bittet, zur Lösung einer EU-Krise einen Zaubertrank zu brauen. Einen optimistischen Blick in die Zukunft wagte im Jahr 2017 der englische Karikaturist Ingram Pinn, in dem er den neu gewählten Präsidenten Emmanuel Macron und die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel dynamisch ins Führerhaus eines TGV mit EU-Emblem springen ließ, wohingegen er den damaligen und seit 2024 wieder amtierenden US-Präsidenten Donald Trump auf eine von einem Prellbock blockierte Dampfblock setzte.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Dieter Hanitzsch: Asterix der Kanzler. Erschienen am 05. Juni 2005 in der Süddeutschen Zeitung



Ingram Pinn: Macron, Trump and a moment for optimism. Erschienen am 12.05.2017 in der Financial Times © *Ingram Pinn / Financial Times*

Technische und zeitliche Entwicklung

Zu beobachten ist neben der politischen Entwicklung auch eine technische: Wurden bis in die 2000er-Jahre noch fast alle Karikaturen mit spitzer Feder oder spitzem Bleistift von Hand gezeichnet, nutzen ihre Zeichner heute meist digitale Werkzeuge. Klaus Stuttmann, dessen Karikaturen im Berliner Tagesspiegel und vielen anderen regionalen Tageszeitungen veröffentlicht werden, zeigte 2013 bei der Eröffnung der Ausstellung „Marianne und Germania in der Karikatur“ in Ludwigsburg, wie ihm der Fortschritt sein Tagewerk vereinfacht: Aus einer schmerzhaften Halskrause, die er Angela Merkel angelegt hatte, machte er mit wenigen Mausklicks einen Heiligenschein, der über ihrem Kopf leuchtete. Manche aber halten den traditionellen Methoden dennoch die Treue: Der Karikaturist BOLL z.B. zeichnet seine Karikaturen weiterhin von Hand mit Tinte und hat die Zeitung *Les Echos* überzeugen können, ihre Arbeitsweise der seinigen anzupassen.

Einen Boom erlebten die Karikaturen zum wechselseitigen Beziehungsstatus zwischen 2011 und 2018. In diese Zeit fallen die französischen Präsidentschaftswahlkämpfe von 2012 und 2017, die in beiden Ländern eine große mediale Aufmerksamkeit erhielten, sowie die Euro- und die Flüchtlingskrise im Jahr 2015. Deshalb, wegen ihrer langen Amtszeit, und auch weil sie in Frankreich im Laufe der Jahre fast schon zu einer mythologischen Gestalt überhöht wurde, ist Angela Merkel mit 1.390 Darstellungen in unserer Sammlung die Persönlichkeit, die am häufigsten im deutsch-französischen Kontext karikiert wurde. Dies liegt aber auch daran, dass sich die Zahl der nachgewiesenen Karikaturen mit dem Aufkommen des Internets massiv erhöht hat: Bis in die 1990er-Jahre erschienen Karikaturen fast ausschließlich in Tageszeitungen und Magazinen, wohingegen es heutzutage viele Karikaturisten gibt, die eigene Webangebote betreiben (z.B. die deutschen Karikaturisten Jürgen Tomicek (▸ https://tomicek.de/) oder Heiko Sakurai (▸ https://sakurai-cartoons.de/)), und Internetzeitungen und -zeitschriften, die passende Karikaturen enthalten. Dennoch geht die Zahl satirischer Darstellungen deutsch-französischer Zustände seit 2019 zurück. In der Phase von 2010 – 2018 haben wir im Jahresdurchschnitt knapp 200 davon nachgewiesen, seitdem ist der Schnitt auf etwas über 60 pro Jahr gefallen. Ob dies an einem zunehmenden wechselseitigen Desinteresse oder einem Rückgang von Themen liegt, die Karikaturisten zu einer Zeichnung inspirieren, bleibt eine offene Frage.

Kontakt:
Martin Villinger ▸ villinger@dfi.de

Zugang zu den Karikaturen

Wir bieten wir Ihnen Zugriff auf frei verfügbare Karikaturen

- aller Deutsch-Französischen Tandems
- die häufige Motive, Themen und Symbole zeigen
- von allen Karikaturisten, die Nutzungsrechte an uns vergeben haben.

Die Sondermittel, die für den Erwerb der Nutzungsrechte von über 1.000 Karikaturen eingesetzt wurden, hat das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA) dankenswerterweise dem dfi anlässlich seines 75jährigen Bestehens zur Verfügung gestellt.

▸ https://www.dfi.de/karikaturen

Ein Repositorium zur digitalen Langzeitarchivierung

Zur digitalen Langzeitarchivierung von Presseartikeln, Zeitschriftenaufsätzen, Karikaturen, Vortragsmitschnitten, Podcasts, Videos u.a. zur Entwicklung Frankreichs seit 1944 und den deutsch-französischen Beziehungen hat die Abteilung Digitale Bibliothek der Verbundzentrale des GBV nach den Vorgaben der Frankreich-Bibliothek ein Repositorium eingerichtet. Ermöglicht wurde dies ebenfalls durch Sondermittel von Seiten des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA).

Es enthält derzeit knapp 250.000 Datensätze und die ihnen zugehörigen Digitalisaten, von denen ein kleiner Teil (u.a. die Karikaturen, für die Nutzungsrechte eingeworben wurden) frei zugänglich ist.

▸ https://repositorium.dfi.de/

Kommunalpartnerschaften in Baden-Württemberg: Kongress und Datenbank

Die Moderatorinnen und Moderatoren des Kongresses mit Europa-Staatssekretär Florian Haßler und Évelyne Isinger, Regionalrätin der Région Grand Est © Staatsministerium BW, Franziska Kraufmann

Am 5. Juni fand der 4. Städtepartnerschaftskongress im Rahmen der Partnerschafts-Konzeption Baden-Württemberg & Frankreich statt. Auf Einladung von Europa-Staatssekretär Florian Haßler kamen rund 200 Teilnehmende nach Freudenstadt, darunter auch Vertreterinnen und Vertreter aus Frankreich, die dafür teils lange Anreisewege auf sich genommen hatten.

Neben Einblicken in die Aktivitäten ausgewählter baden-württembergisch-französischer Partnerschaften ging es dabei auch um konkrete Herausforderungen im Bereich der Schul- und Vereinskooperation, dem ehrenamtlichen Engagement und der sprachlichen Verständigung. Vom dfi boten Eileen Keller und Bénédicte King einen Workshop zum Thema „Sprache und Partnerschaft: Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten“ an.

Im Rahmen der Veranstaltung fand auch die Ehrung der Preisträger der deutsch-französischen Lebensmittelretterchallenge durch Staatssekretärin Sabine Kurtz vom Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz statt. Zwischen Juli und November 2024 waren Jugendliche und junge Erwachsene aus Baden-Württemberg und Frankreich dazu aufgerufen, Rezeptideen zur Rettung von Lebensmitteln einzureichen.

Eine Fachjury, an der das dfi beteiligt war, wählte aus den Einsendungen die Preisträger/innen aus. Alle Einreichungen wurden in einem deutsch-französischen Lebensmittelretterkochbuch veröffentlicht. Weitere Informationen finden sich hier: ▸ https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unsere-themen/ernaehrung/lebensmittelretter/challenge-2024
Link zu *Vive la wir*: ▸ https://vivelawir.eu/information-und-vernetzung/#zukunftsdialog

Die Staatssekretäre Sabine Kurtz (MLR) und Florian Haßler (Staatsministerium) mit Regionalrätin Évelyne Isinger © Staatsministerium BW, Franziska Kraufmann

Die Teilnehmenden am Workshop „Partnerschaft und Sprache“ © Staatsministerium BW, Franziska Kraufmann

Im Juni ging auch die Partnerschaftsdatenbank des Städtetags Baden-Württemberg online.

In Zusammenarbeit mit dem dfi war die erste Vollerhebung der kommunalen Außenbeziehungen Baden-Württembergs durchgeführt worden, finanziell unterstützt durch den Landtag Baden-Württemberg und das Staatsministerium Baden-Württemberg.

Basis war eine Umfrage, an der sich insgesamt 428 Kommunen beteiligt hatten. Informationen für alle weiteren Kommunen wurden via Internetrecherche ergänzt. Insgesamt konnten so 1.560 Partnerschaften erfasst werden, die von 699 Kommunen und Landkreisen in Baden-Württemberg getragen werden. Die Ergebnisse der Erhebung ermöglichen einen vertieften Einblick in die aktuelle Lage und Dynamik der Städte- und Landkreispartnerschaften im Land.

Die Datenbank der Partnerschaften auf der ▸ Homepage des Städtetags Baden-Württemberg

Eine Übersicht über die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage und der Vollerhebung finden Sie ▸ hier

Kontakt: Eileen Keller ▸ keller@dfi.de

Die wichtigsten Partnerländer*

1.	Frankreich	516
2.	Deutschland	193
3.	Italien	137
4.	Ungarn	132
5.	Österreich	74
6.	Vereinigtes Königreich	71
7.	Schweiz	61
8.	Polen	56
9.	USA	34
10.	Ukraine	24

*einschließlich Partnerschaften auf Kreisebene. Quelle: Städtetag Baden-Württemberg und dfi.

Impulse für ein starkes Europa:
Europa-Woche „We Are Europe 2025“ am TUM Campus Heilbronn

Franziska Brantner (zugeschaltet), Friedrich Glauner und Sylvie Goulard während der Podiumsdiskussion am 8. Mai 2025, mit Moderatorin Carla Sappok (SWR) © Veronika Smoor / TUM Campus Heilbronn gGmbH

Im Rahmen der im November 2024 geschlossenen Kooperationsvereinbarung mit der TUM Campus Heilbronn gGmbH war das dfi an der Europa-Woche „We Are Europe 2025“ beteiligt. Die Woche bot Studierenden, darunter viele aus dem Nicht-EU-Ausland, und der interessierten Öffentlichkeit unterschiedliche Formate, die europäische Themen aus wirtschaftlicher, gesellschaftspolitischer und kultureller Perspektive beleuchteten.

Ein wesentliches Ziel der Partnerschaft mit dem dfi ist es, die europäische Integration durch praxisnahe, interdisziplinäre Bildungsangebote zugänglich zu machen: Bereits ab Ende April fanden zwei Blockseminare für die Studierenden statt, die zentrale wirtschaftliche und kulturelle Aspekte in der EU thematisierten. Unter dem Titel *Doing Business in Europe* führte Eileen Keller in die institutionellen Grundlagen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Europäischen Binnenmarktes ein. Ein weiteres Seminar unter dem Titel *The Cultural Dimension of International Business Cooperation* unter Leitung von Frank Baasner ging auf die Bedeutung kultureller Aspekte bei internationalen Unternehmenskooperationen ein.

Ein Höhepunkt der Woche war die Podiumsdiskussion am 8. Mai unter dem Titel *Europe Between Myth and Utopia*. Gemeinsam diskutierten dfi-Präsidentin Sylvie Goulard, die Grünen-Co-Chefin Franziska Brantner und Friedrich Glauner vom Weltethos-Institut die Herausforderungen, vor denen der europäische Einigungsprozess steht. Die Veranstaltung wurde von Carla Sappok (SWR) moderiert und stand auch den Bürgerinnen und Bürgern der Region Heilbronn offen.

Am 21. Mai folgte ein öffentlicher Vortrag von Prof. Baasner, in dem er auf die Rolle öffentlicher Diskurse und Narrative bei der Entwicklung eines europäischen Selbstverständnisses einging. Am 22. Mai fand für die Studierenden eine vom dfi organisierte Exkursion nach Straßburg statt, welche Stefan Seidendorf begleitete. Im Europarat ergab sich Gelegenheit zu einer spannenden Debatte über Möglichkeiten und Grenzen rechtlicher Regulierung künstlicher Intelligenz. Daneben stand ein Besuch des Europaviertels und natürlich der Stadt Straßburg an. Die Europa-Woche endete mit einem Praxis-Workshop, in dem die Studierenden Fallstudien zu Standortentscheidungen internationaler Unternehmen im europäischen Binnenmarkt sowie zum Management von Konflikten im Bereich internationaler Unternehmenskooperation bearbeiteten und anschließend präsentierten.

In der vorlesungsfreien Zeit ist für September eine zweitätige Studienreise geplant, in der die Studierenden hautnah und aus erster Hand grenzüberschreitende Innovationsprozesse im länderübergreifenden Wirtschaftsraum des Oberrheins entdecken können.

Die Aktivitäten im Rahmen der Europa-Woche sind Ausdruck der vertieften Kooperation zwischen dem dfi und der TUM Campus Heilbronn gGmbH. Sie tragen dazu bei, Studierende nicht nur fachlich, sondern auch gesellschaftlich-politisch für die europäische Realität zu sensibilisieren.

Kontakt: Eileen Keller ▸ keller@dfi.de

Die Teilnehmenden an der Straßburgreise © TUM Campus Heilbronn gGmbH